

Eine einmalige Weihnachtsbeihilfe für die Beamten.

Debatte im Reichstag.

Berlin, 16. Dez. In der gestrigen Reichstagsitzung wurde die Beratung über die Beamtenbesoldung fortgesetzt.

Abg. Groß (Centr.) wirft der Regierung vor, daß sie in der Besoldungsfrage immer wieder Versprechungen gemacht und Hoffnungen erweckt habe, die nun bitter enttäuscht werden. Für das „Unannehmbar“ der Regierung fehle jede sachliche Begründung.

Abg. Lude (Wirtsch. Bgg.) und Abg. Dauer (Bayer. Sp.) verteidigen den Standpunkt der Regierung und sprechen sich dafür aus, es bei der gestern von Dr. Dauter vorgeschlagenen Regelung zu belassen.

Abg. Dietrich-Franken (Döbl.) erklärt, die Beamtenhaft, die mit Betriebskennzeichen abgepeilt werden soll, könne es nicht verstehen, wenn auf anderer Seite die Reichsmittel mit vollen Händen ausgegeben werden, wenn die Reichsbahn ihre höchsten Beamten fürstlich ausstatte und dem früheren Minister Schiele die Garntfondienstzeit angerechnet werde. Wenn die Minister sich freiwillig in die Besoldungsgruppe 4 versetzen ließen, so würden sie mehr Verständnis für die Not der Beamten haben.

Reichsminister Dr. Dauter: Die geschäftsführende Regierung muß noch einmal aussprechen, daß es ihr unmöglich ist, einen Beschluß durchzuführen, der eine Dauerregelung vorsieht und damit auch die kommende Regierung binden würde. Andererseits hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß für die Beamtenhaft mindestens in ihren notleidendsten unteren Gruppen etwas Positives im Rahmen unserer beschränkten finanziellen Möglichkeiten geschieht. Die Regierung ist auch damit einverstanden, daß in dem Antrag der Bayerischen Volkspartei das Frauengeld von fünf auf zehn Mark erhöht wird. Eine Erhöhung unserer Finanzen würde die Beamten am meisten schädigen. (Lärm und Zurufe bei den Kommunisten: „Sie haben noch nie etwas für die Beamten getan!“) Das ist eine unerhörte Beschimpfung, die ich entschieden zurückweise. Ich bin bei jeder

Gelegenheit für die Beamten eingetreten. (Beifall, Pfurufe bei den Kommunisten.)

Damit ist die Aussprache beendet. Ein Antrag, der die Regierung ersucht, unverzüglich eine neue, auf der Grundlage eines ausreichenden Gehaltsminimums aufgestaute Besoldungsordnung vorzulegen, wird im Hammelsprung mit 209 gegen 188 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der zweite Teil des Antrags, der eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark verlangt, wird abgelehnt.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich dann über die Frage, ob zuerst über den Antrag des Haushaltsausschusses (der Erhöhung des Teuerungszuschlages auf 25 v. H. für die Besoldungsgruppen 1 bis 4 und 20 v. H. für die Gruppen 5 und 6 vorklärt) oder über den der Bayerischen Volkspartei (einmalige Beihilfe) abzustimmen ist.

Die Mehrheit entscheidet sich dafür, daß zuerst der Antrag der Bayerischen Volkspartei zur Abstimmung kommt. Darauf erklärt Abg. Steinkopf (Soz.), nunmehr müßten seine Freunde zu ihrem Bedauern für den Antrag der Bayerischen Volkspartei stimmen, um überhaupt etwas für die Beamten zu retten.

Der Antrag der Bayerischen Volkspartei wird mit großer Mehrheit in der Form angenommen, daß als einmalige Weihnachtsbeihilfe gezahlt werden soll den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gruppen 1 bis 4 ein Viertel, den Beamten usw. der Gruppen 5 und 6 ein Fünftel des Dezembergehalts, mindestens aber den Ledigen 30 Mark, den Empfängern eines Frauenzuschlages 40 Mark, den Empfängern von Kinderzuschlägen außerdem 5 Mark, den Volkswaisen insgesamt 10 Mark, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der Dezemberbezüge.

Die Eisenbahner rufen den Reichsarbeitsminister um Hilfe.

Berlin, 15. Dez. Die Eisenbahner-Tariforganisations nahmen heute in einer gemeinsamen Konferenz zu dem negativen Verhandlungsergebnis über die Lohnforderungen des Personals Stellung und beschloßen nach eingehenden Erörterungen, den Reichsarbeitsminister um Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zu ersuchen. Das Schreiben an den Reichsarbeitsminister hat folgenden Wortlaut:

„Die Verhandlungen vor dem Schlichter am 3. Dezember d. J. in der Lohnstreitangelegenheit bei der Deutschen Reichsbahn führten zu folgendem Vergleich:

1. Die am Lohntarifvertrag beteiligten drei Arbeitnehmer-Organisationen werden alsbald ihre Forderungen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn gestellt.

2. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist bereit, in Verhandlungen mit den Arbeitnehmer-Organisationen einzutreten.

Diese Verhandlungen haben am 7. und 14. Dezember stattgefunden, ohne daß ein annehmbares Ergebnis erzielt worden ist. Auf Grund dieser Tatsache gestatten sich die unterzeichneten Organisationen, den Herrn Reichsarbeitsminister zu ersuchen, einen Schlichter zu bestellen und damit ein Schlichtungsverfahren über den Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn einzuleiten.“

Austausch der Ratifikationsurkunden zum deutsch-italienischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag.

Rom, 15. Dez. Ministerpräsident Mussolini und Botschafter Freiherr von Neurath haben heute im Palazzo Chigi die Ratifikationsurkunden zum deutsch-italienischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag und zu den darauf bezüglichen Protokollen ausgetauscht. Gleichzeitig wurden auch die Urkunden über das deutsch-italienische Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ausgetauscht. Der Vertrag tritt mit dem 18. Dezember 1925, das Abkommen mit dem 1. Januar 1926 in Kraft.

Keine Abmachungen über Cupen und Malmedy.

Berlin, 16. Dez. Wie die Morgenblätter melden, stellt das belgische Außenministerium entschieden in Abrede, daß in London oder in Locarno irgendwelche Abmachungen über Cupen-Malmedy zwischen den Alliierten und den deutschen Ministern getroffen worden sind.

Der belgische Kreisdelegierte verläßt Cleve.

Cleve, 15. Dez. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist am heutigen Morgen die offizielle Uebergabe der Büros des belgischen Kreisdelegierten im Landratsamt an die deutschen Behörden erfolgt. Auch die bisher von dem Kreisdelegierten innegehabte Wohnung des Oberbürgermeisters von Cleve und die Wohnung des Adjutanten wurden offiziell übergeben. Der Kreisdelegierte wird Cleve am Freitag dieser Woche verlassen.

Der Gesetzentwurf über die Ratifizierung der Locarno-Verträge vor der französischen Kammer.

Paris, 15. Dez. Von der Regierung wurde heute der Gesetzentwurf zur Ratifizierung der Abmachungen von Locarno eingebracht, der an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen wurde.

Keine Zusammenkunft zwischen Tschitscherin und Chamberlain.

Paris, 15. Dez. Der Volkskommissar für auswärtigen Angelegenheiten Tschitscherin erklärte auf eine Anfrage eines englischen Journalisten ausdrücklich, daß alle Nachrichten über eine Zusammenkunft mit Chamberlain in Venedig oder über eine von ihm geübte Reise nach London nicht den Tatsachen entsprechen.

Militärrevolte in Nordirland.

London, 15. Dez. Die etwa 3500 Mann starken außerordentlichen Polizeitruppen der Ulsterrepublik, die die Regierung jetzt auszulösen beabsichtigt, haben gegen die Entlassung protestiert und allmählichen Abbau gefordert. Die Entlassungen fordern eine steuerfreie Entschädigung von 200 Pfund. Als die Regierung diese Forderungen abschlug, besetzten die Polizeitruppen den Ballinacorney und in Londonderry die Arsenale und versetzten die führenden Offiziere der Garnison. Die Bewegung hat im Laufe des heutigen Tages auf Belfast übergegriffen, wo es zu schweren Zusammenstößen zwischen Truppenaufgeboten und Polizeimannschaften kam. Den Meuterern gelang es auch hier, sich der Kaserne und Waffenniederlagen zu bemächtigen. Mehrere Offiziere, die sich zu widerlegen versuchten, wurden gefangen genommen. Die Polizeigenossen weigern sich, mit der Regierung zu verhandeln, bevor man ihre Bedingungen erfüllt hat. Die Lage ist sehr besorgniserregend, da die Meuterer im Lande viel Unterstützung finden. Die Regierung hat mittlerweile lassen, daß sie die Forderungen für unerfüllbar halte und die Arsenale und Kasernen nötigenfalls mit Waffengewalt einnehmen werde.

Finanzminister Loucheur zurückgetreten.

Paris, 15. Dez. Finanzminister Loucheur ist zurückgetreten nachdem der Finanzausschuß der Kammer seinen gestrigen Beschluß hinsichtlich der Behandlung der Doucheurschen Sanierungspläne nochmals bestätigt hat.

Eine weitere Meldung besagt:

Im Verlaufe der Sitzung des Finanzausschusses erklärte Loucheur, die Regierung beschehe darauf, daß die zum Ausgleich des Budgets notwendigen Steuern so rasch wie möglich verabschiedet werden. Andererseits sei die Regierung aber auch bereit, an den Ausgaben Abschnitte vorzunehmen, so beim Heeres- und Marinebudget, wodurch das ansangs auf 5,6 Milliarden geschätzte Defizit merklich herabgesetzt werden könne. In der Kommission herrschten nach dieser Erklärung Loucheurs zwei Strömungen. Die eine ging dahin, daß die Kommission sich an ihre gestrige Entscheidung halten müsse. Die andere Auffassung war, der Finanzausschuß müsse seinerseits Gegenorschläge einbringen. Hiernach bestätigte die Finanzkommission nach längerer Debatte ihre gestrige Entscheidung.

Ein Komplott gegen de Jouvenel.

Paris, 15. Dez. Das meldet aus Beirut: Der französische Oberkommissar in Syrien de Jouvenel wurde während seines Aufenthaltes in Aleppo von Paris aus davon in Kenntnis gesetzt, daß ein großes Komplott gegen ihn und verschiedene andere hochstehende Persönlichkeiten geplant sei. Nach dem Sonderberichtserstatter des „Temps“ in Beirut handelt es sich um ein von den in Kairo ansässigen syrischen Extremisten geplantes Attentat, das von einer Abteilung Beduinen ausgeführt werden sollte, die in der Nähe von Hama den Sonderzug des Oberkommandanten angreifen sollten.

Die Kleine Entente.

Die bereits zum zweitenmal verschobene periodische Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente wird voraussichtlich am 19. Januar in Belgrad zusammenzutreten. Die Kleine Entente wird auf dieser Konferenz vor allem zu den internationalen Verträgen von Locarno Stellung nehmen. Das Referat zu diesem Punkt der Tagesordnung wird Dr. Benesch erläutern. Dann aber soll endgültig die de jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch Jugoslawien und die Tschechoslowakei erledigt werden. Damit im Zusammenhang hat sich der jugoslawische Gesandte in Berlin Baludzhitsch, mit dem Sowjetgesandten Krestinski ins Unvernehmen gesetzt und die Verhandlungen mit Moskau soeben abgeschlossen. Baludzhitsch befindet sich gegenwärtig zur Berichterstattung in Belgrad.

Nachrichten aus Genf zufolge hat Griechenland eine neuerliche Note an den Völkerbund gerichtet, in der es die Notwendigkeit eines Balkanpaktes betont. Demgegenüber steht Jugoslawien auf dem Standpunkt, daß von einem Balkanpakt so lange keine Rede sein könne, solange Jugoslawien keinen gesicherten Ausgang zum Adriatischen Meer habe. Auch das Verhalten Griechenlands im letzten Konflikt mit Bulgarien spreche nicht für den baldigen Abschluß eines Balkanpaktes. Es seien vorher noch einige brennende Fragen auf dem Balkan zu lösen, ehe ein Balkanpakt denkbar sei. Jugoslawien will diesen Standpunkt auch auf der Konferenz der Kleinen Entente klar befeuern.

Endlich wird behauptet, daß die Kleine Entente einen Kollektivschritt in Budapest gegen die Agitation der Legationisten für die abgelehnte Habsburgerdynastie vorbereite, welcher eine klare Stellungnahme der ungarischen Regierung in dieser Frage zum Zwecke haben soll.

Vorbereitungen für eine Weltwirtschaftskonferenz vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 15. Dez. Der Völkerbundsrat hat die Vorschläge über die Einsetzung einer technischen Kommission zur Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz angenommen. Der Kommission werden nur Sachverständige angehören, während ein Komitee aus Vertretern der dem Räte angehörenden Staaten die Arbeiten der Kommission überwachen wird. Nach Möglichkeit sollen Sachverständige aller Nationen herangezogen werden, darunter natürlich auch Deutsche. Neben den sachverständigen Mitgliedern der technischen Kommission des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes werden auch Vertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft herangezogen werden, ferner Fortwirtschafter, Arbeiter- und Konsumentenvertreter. Die Sachverständigen sollen weder ihre Regierungen noch private Organisationen vertreten, sondern ihr eigenes Urteil mit dem Gewicht ihrer Persönlichkeit bei den Beratungen in die Waagschale werfen. Die wichtigste Aufgabe der Sachverständigen wird in der Feststellung bestehen, wie weit nationswirtschaftliche Mißstände ihren Ursprung im internationalen Wirtschaftsleben haben.

Der Prozeß von elf Gelehrten gegen den österreichischen Staat.

Vor dem Verfassungsgerichtshof der Republik Oesterreich führen gegenwärtig elf ordentliche Professoren der Wiener Hochschulen, unter ihnen die Korpphien der Wiener Rechtsfakultät Klage gegen die Unterrichtsverwaltung, welche ihnen die Aufwertung ihrer Friedenspersonalzulage verweigert. Um hochqualifizierte Gelehrte aus dem Deutschen Reich oder aus der Schweiz in die Wiener Universität verpflichten zu können, war es vor dem Kriege üblich, daß die Unterrichtsverwaltung mit den Professoren, die in Wien eine Lehrtätigkeit übernehmen sollten, vertragsmäßig besondere Personalzulagen ausmachte, die gewöhnlich 6000 Goldkronen pro Jahre betrug, um den schlechten Besoldungsverhältnissen Abbruch zu tun, da sonst Gelehrte aus dem Ausland überhaupt nicht nach Wien gekommen wären. Nun hat die Unterrichtsverwaltung den elf Professoren die Personalzulage nicht aufgewertet und ihnen mitgeteilt, daß die 6000 Kronen jetzt 60 Groschen wert seien und als unter einem Schilling nicht mehr zur Auszahlung kämen. Das Wiener Professorenkollegium ist über diese Maßnahme der Unterrichtsverwaltung empört, umso mehr, als es sich durchwegs um Ältere Gelehrte handelt, die schon vor dem Kriege nach Wien gekommen waren und sich um den Ruf der Wiener Hochschulen große Verdienste erworben haben. Man sieht darin auch eine Gefährdung des Rufes der Universität, da es sich unter solchen Umständen Gelehrte im Reich und in der Schweiz überlegen werden, einen Ruf nach Wien Folge zu lassen, wodurch aber Wien auf das Niveau einer Provinshochschule herabgedrückt würde. Die Angelegenheit wurde auch im Verlaufe der Budgetdebatte im Nationalrat, die soeben durchgeführt wird, zur Sprache gebracht. Der Verfassungsgerichtshof dürfte im Laufe der nächsten Wochen sein Urteil fällen. Aber selbst wenn sich die Unterrichtsverwaltung formell im Recht befinden sollte, so ist doch die Behandlung der elf Gelehrten höchst bedauerlich, umso mehr als es sich um ganz geringe Beträge handelt.

Das verübte Attentat auf den Wiener Sowjetgesandten.

Im Januar findet vor dem Wiener Schwurgericht der Prozeß gegen die drei Offiziere der Wrangelarmee statt, die vorläufig Sommer auf den Wiener Gesandten der Sowjetrepublik Berster, ein Attentat vorbereiteten. Die drei Beschuldigten wurden als die Wrangeloffiziere Peter Wikus, Theodor Borobin und Nestan Schewchenko identifiziert. Die Anklage lautet auf versuchten und bestellten Mord.

Kleine Meldungen.

Rom, 15. Dez. Wie die Blätter melden, soll der frühere Ministerpräsident Ritti seiner Stellung als Universitätsprofessor entsetzt werden.

Rom, 15. Dez. In Nola in der Champagne explodierte eine Feuerwerksfabrik. Dabei sind fünf Personen ums Leben gekommen.

Schanghai, 15. Dez. Japanischen Berichten zufolge ist seit gestern im Abschnitt von Peitschiku, 30 Meilen von Nudun ein heftiges Gefecht im Gange, das wahrscheinlich für das Schicksal Tchangtschins entscheidend sein wird.

Handlung...
Angeleu...
die Frage...
in engerer...
tag habe...
nehmen...
an dessen...
er erst m...
habe. De...
Zhauffen...
st. daß...
schuldet h...
schlechte...
mittag ver...
Hän...
Bre...
Kohlenorg...
Maadalen...
Abfänge...
Abfänge...
erufen wo...
die Angef...
worden...
Die an...
schen Sach...
von fünf...
einen unvo...
ursache ist...
worden, h...
wiederholt...
auch der v...
Staatsamt...
worden...
Maudl...
beraubt w...
die mit ihr...
die von be...
jedoch ihre...
erleben...
Hän...
füste herrs...
mehrere F...
fahren. W...
im welchem...
lung an...
trunken...
Hän...
Rta. aus...
einem Stei...
schweres U...
massen los...
sich. 8 vor...
Mit d...
Frankfurt...
Süßfeldame...
sichon wied...
Hän...
angeleiert...
eine Schmi...
Frau und...
ist eine Ku...
führte...
Ein...
russischer...
dak unter...
rußlands d...
Wohlschl...
Kuffehen be...
Demberg in...
I...
Ber...
Telep...
Tamo...
und sehr...
Mensch au...
Lange...
Dann...
Gert...
hüte nicht...
H...
Welfels!...
Die...
Tam...
bequält...
„Ede...
Dann...
Tam...
Dachte, h...
Nichts mel...
weiterer...
Lange...
zweifelt...
Woh...
Da se...
Hörer an...
durch das...
fierte in...
er zum H...
eine stier...
Hände, un...
dunklen W...
Dhonte...
Dann urp...
Die Urne...
Können U...